

Ampelkoalition: Eine neue Rolle für den Staat?

1. Akzentverschiebung

Der Ende November 2021 vorgelegte Ampel-Koalitionsvertrag (KV) der neuen, lagerübergreifenden großen Koalition der Mitte aus SPD, FDP und Grünen umreißt deren Ziele unter dem Slogan „Mehr Fortschritt wagen“. Er präsentiert einen neuen und – gegenüber der Vorgängerregierung – sehr viel deutlicher akzentuierten Staatsinterventionismus auf den wichtigsten Handlungsfeldern.² Der erste Satz des KV lautet: „Deutschland wird nur auf der Höhe der Zeit agieren können, wenn wir den Staat selbst modernisieren.“ (39)

Im Mittelpunkt des staatlichen Handelns wird, so die Ankündigung im KV, die radikale Modernisierung von Wirtschaft, Industrie und Technologie stehen, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken und um „wirtschaftlich und technologisch weiter in der Spitzenliga“ zu spielen (61f.). Es geht darum, den „Wirtschaftsstandort Deutschland“ (570) bzw. den „Industriestandort“ (1754) oder „Technologiestandort“ (490) durch Modernisierung zu stärken, was die Klimapolitik einschließt. Zwar wird gelegentlich die „sozial-ökologische Marktwirtschaft“ (713) beschworen, es wird aber an keiner Stelle angedeutet, was das ist. In der Koalitionsvereinbarung von 2017 (CDU/CSU/SPD) wurde in der Präambel die Stärkung der „sozialen Marktwirtschaft“ angekündigt, und das Verhältnis Staat - Markt wurde so beschrieben: „Wir wollen verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, damit die Innovationskraft und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft gestärkt werden ...“ (S. 8). Demgegenüber soll jetzt die Initiative bei der „Modernisierung“ und Stärkung des „Industriestandorts Deutschland“ beim Staat liegen. Es geht nicht mehr nur um bessere „Rahmenbedingungen“ für die Privatwirtschaft (die weiter im Zentrum stehen), sondern es wird explizit herausgestellt, dass die Privatwirtschaft gezielt staatlich gefördert werden soll. Vertikale Industriepolitik (Förderung bestimmter Branchen und Unternehmen) tritt neben horizontale Industriepolitik (allgemeine Rahmenbedingungen). Ob es sich hierbei schon um einen Variantenwechsel im neoliberalen Kapitalismus handelt, wird sich erst in Zukunft zeigen. Die im KV der ‚Ampel‘ qualitativ und quantitativ stärker akzentuierte Rolle des Staates als Motor der wirtschaftlichen Transformation zielt jedenfalls weiter auf die Förderung der Privatwirtschaft. Das ist natürlich ganz nach deren Geschmack: „Die Regierung muss dafür sorgen, dass sich die Investitionen der Unternehmen und der Bürgerinnen und Bürger wieder lohnen

¹ Autoren dieses Beitrags sind Stefan Bollinger, Jörg Goldberg, André Leisewitz, Jürgen Reusch und Gerd Wiegel.

² Im Folgenden wird die Koalitionsvereinbarung (<https://fr.de/content/fr/downloads/pdf/koalitionsvertrag-2021-2025.pdf>) unter Angabe der Zeilennummern zitiert.

– mit Superabschreibungen, einem massiven und schnellen Infrastrukturausbau weit über die jetzigen Planungen hinaus und schnelleren Planungs- und Genehmigungsverfahren“, so BDI-Präsident Russwurm zur Jahresauftakt-Pressekonferenz über den Ampel-KV.³

2. Modernisierung

Es ist Ziel der ‚Ampel‘, „die notwendige Modernisierung voranzutreiben“. Der im Titel beschworene „Fortschritt“ wird an erster Stelle als technischer Fortschritt verstanden. Die „Fortschrittsregierung“, so Olaf Scholz in der Regierungserklärung vom 15. Dezember 2021, ist „eine Regierung des technischen Fortschritts ...“. Im Mittelpunkt stehen Digitalisierung und Dekarbonisierung. Der an zweiter und dritter Stelle erwähnte „soziale“ bzw. „gesellschaftliche und kulturelle Fortschritt“ ist dem nachgeordnet.⁴ Vor allem der soziale „Fortschritt“ soll gewährleisten, dass die für die angestrebte technisch-wirtschaftliche Transformation notwendigen Arbeitskräfte in quantitativer und qualitativer Hinsicht bereitstehen (siehe Abschnitt 4). Überkommene familienpolitische und deutsch-tümelnde Positionen, wie in der CDU/CSU verbreitet, stören dabei und werden im Sinne dieses „kulturellen“ Fortschritts abgeräumt. Aus all diesen Gründen überrascht es auch nicht, dass die meisten Wirtschaftsverbände die ‚Ampel‘ einer ‚Jamaika‘-Koalition vorgezogen haben.

Dass die Erreichung der Klima- und Umweltziele eine Änderung von verschwenderischen Produktions- und Konsummustern, eine Problematisierung der bisherigen Wachstumsorientierung und einen neuen Wohlstandsbegriff erfordert, bei dem Arbeitszeitverkürzung und Freizeit einen anderen Stellenwert haben, ist im KV nirgends auch nur angedeutet. Das Wort ‚Energieeinsparung‘ oder ‚energiesparend‘ kommt nicht vor. Daran ändert auch die von Wirtschaftsminister Habeck im Januar vorgelegte „Eröffnungsbilanz Klimaschutz“ nichts. Hier wird zwar „die Senkung unseres Energieverbrauchs“ gefordert, die aufgezählten Maßnahmen konzentrieren sich aber fast ausschließlich auf „den massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien“.⁵

Die Lösung aller Probleme wird vom Wirtschaftswachstum erwartet, wie Scholz im Kontext der Debatten über die Finanzierung der öffentlichen Investitionsoffensive unterstrich. Das Wachstum wiederum hängt nach Ansicht der Koalitionäre entscheidend von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ab. „Zu sagen, wir verzichten auf die Idee von Wachstum, würde bedeuten, wir verzichten auf die Idee von Fortschritt“, formulierte Wirtschafts-

³ <https://bdi.eu/artikel/news/bip-wachstum-von-3-5-prozent-und-export-plus-von-vier-prozent-in-diesem-jahr/>. Allensbach zufolge ist die Zufriedenheit der Eliten mit der „Ampel“ besonders in den Vorständen der großen Unternehmen (89 Konzerne mit mehr als 20.000 Beschäftigten) groß: Hier seien 82 Prozent der Befragten „zufrieden“. Eliten-Panel, nach FAZ v. 20.1.2022.

⁴ <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20008.pdf>, S. 335.

⁵ Eröffnungsbilanz Klimaschutz, S. 9; https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/P-R/11012022-rede-habeck-eroeffnungsbilanz-klimaschutz.pdf?__blob=publicationFile&v=6.

und Klimaminister Habeck bei Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts 2022 (Handelsblatt, 1.2.2022). Wirtschaftswachstum unter kapitalistischen Bedingungen aber ist notwendig mit höheren Kapitalrenditen verbunden, bedeutet höheren Ressourcenverbrauch und soziale Ungleichheit, setzt also ökologische und soziale Destruktivkräfte frei. Es ist diese Fetischisierung von Wachstum, Technik und Weltmarktorientierung, die diese Destruktivkräfte – vor allem die Klimakrise - weiter antreibt bis hin zu Kippunkten, an denen sie existenzbedrohend und irreversibel zu werden droht.⁶ Dies als Konfliktfeld deutlich zu machen wäre eine Aufgabe der gesellschaftlichen Linken.

2.1. Staatliche Investitionsinitiativen und ihre Finanzierung

Modernisierung und Stärkung des Wirtschaftsstandorts erfordern mehr Investitionen. „In die Modernisierung des Landes muss umfassend investiert werden – privat wie öffentlich. Die öffentlichen Investitionen insbesondere in Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Forschung werden wir im Rahmen der bestehenden Schuldenregel des Grundgesetzes gewährleisten, Anreize für private Investitionen setzen und Raum für unternehmerisches Wagnis schaffen, um so Wachstum zu generieren.“ (66-70) Öffentliche Investitionen sind hier also Voraussetzung und Anreiz für private Investitionen – im Gegensatz zum neoliberalen Glaubenssatz des ‚crowding-out‘, demzufolge öffentliche Investitionen private Investitionen verdrängen würden. Noch im KV von 2017 hieß es: „In kluger Zusammenarbeit tragen privater Sektor mit seiner Dynamik und Leistungsfähigkeit und der Staat durch den regulatorischen Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft, durch Bildung und durch Infrastruktur zur Erreichung dieses Zieles (Verbesserung des Wirtschaftsklimas, d. Verf.) bei.“ (S. 160) Das Verhältnis von privaten und öffentlichen Investitionen hat sich nun, zumindest paradigmatisch, umgekehrt.

Angekündigt wird „ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen“, wobei die „öffentliche Hand Impulse setzt“. (734-738) Bemerkenswert ist, dass sich an keiner Stelle ein Hinweis auf die quantitativen Dimensionen dieser Vorhaben findet. Dabei gibt es für alle genannten Bereiche – von der Infrastrukturlücke über den Ausbau erneuerbarer Industrien, den Umbau des Verkehrssystems, die Aufwendungen im Gebäudebereich, die Kosten der Elektrifizierung bis zu Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels – seriöse Schätzungen.⁷ Durch den Verzicht auf entsprechende ‚Hausnummern‘ soll der KV gegen jene Kritik immunisiert werden, die den Koalitionären vorhält, sie hätten keine Antwort auf die Finanzierungsfrage. In der Tat versuchen diese, wie oft angemerkt, die ‚Quadratur des Kreises‘. Die Zukunftsaufgaben, denen man sich zudem mit

⁶ Ganz „nebenbei“ steht das auch im Gegensatz zu traditionellen grünen Positionen und Werten.

⁷ Agora-Energiewende nennt öffentliche Zusatzinvestitionen allein im Klimabereich bis 2030 von 260 Mrd., die Förderung privater Klimainvestitionen kostet 200 Mrd. Der Abbau klimaschädlicher Subventionen würde 50 Mrd. einbringen. Hinzu kommt der Fortfall der Einnahmen aus der EEG-Umlage in Höhe von 135 Mrd. Der Ausbau der Übertragungs- und Verteilernetze wird mehr als 50 Mrd. bis 2025 kosten. (Diess., Öffentliche Finanzierung von Klima- und anderen Zukunftsinvestitionen, Impuls, November 2021, Version 1.2)

„mehr Tempo“ (738) widmen möchte, sollen

- unter Beibehaltung der Schuldenbremse,
- ohne Steuererhöhungen vor allem bei den hohen Einkommen und Vermögen
- und bei Reduzierung der öffentlichen Verschuldung

finanziert werden. Tatsächlich ist die Situation noch komplizierter, weil die Steuerbelastung der Unternehmen wegen der zahlreichen Fördermaßnahmen, wegen finanzieller Anreize und der Vergrößerung der Abschreibungsmöglichkeiten („Superabschreibung“ für Investitionen in Klimaschutz und digitale Wirtschaftsgüter, 5572) per saldo sinken dürfte – Finanzminister Lindner versprach, Wirtschaft und Bürger im Umfang von mehr als 30 Mrd. Euro zu entlasten.

Das Bestehen auf der Schuldenbremse (immerhin hat man die „schwarze Null“ verabschiedet) ist dabei nicht nur den parlamentarischen Verhältnissen (die Abschaffung erfordert eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag) oder einem „faulen“ Kompromiss mit der FDP geschuldet – ihre Beibehaltung ist durchaus funktional: Der Verweis auf „solide“ Staatsfinanzen dient nach innen als Abwehrwall gegen soziale Forderungen und nach außen zur Disziplinierung der EU-Partner und der Sicherung der deutschen Führungsrolle.⁸ Dies wollen alle Koalitionspartner, der Verweis auf die FDP soll unzufriedene Anhänger von SPD und Grünen ruhigstellen.

Die Mittel zur Finanzierung der Investitionsoffensive stammen aus fünf Quellen, die hier nur kurz skizziert werden:⁹

- Wirtschaftliches Wachstum soll höhere Steuereinnahmen generieren.

Darüber hinaus werden diverse ‚Tricks‘ angewendet, um die Kreditaufnahme mit den deutschen und europäischen Schuldenregeln kompatibel zu machen, darunter:

- Neuinterpretation der deutschen („Konjunkturbereinigungsverfahren“, 5441) und europäischen Schuldenregeln („Weiterentwicklung der fiskalpolitischen Regeln“, 5684), um „nachhaltige und klimafreundliche Investitionen“ zu finanzieren.
- Zeitliche Streckung der Tilgung der Corona-Schulden (5418).
- Stärkung der Eigenkapitalbasis öffentlicher Unternehmen wie Deutsche Bahn, Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und KfW. Diese können sich haushaltsneutral verschulden.
- Speisung von Sondervermögen wie dem „Klima- und Transformationsfonds“ mit nicht benutzten Kreditermächtigungen aus den Coronajahren (5423 ff.).¹⁰

⁸ „Deutschland muss als Stabilitätsanker weiterhin seiner Vorreiterrolle in Europa gerecht werden.“ (5382)

⁹ Dazu gibt es zahlreiche Veröffentlichungen, vgl. z.B. IW-Kurzbericht 75/2021, Ist die Einheit des Budgets noch gewahrt?

¹⁰ Anlässlich der Vorlage des ‚Nachtragshaushalts‘ von 60 Mrd. Euro im Dezember 2021, dessen Kern die Umwidmung nicht genutzter Coronakredite für Klimaschutz und Digitalisierung war, verwiesen viele Medien schadenfroh auf den Meinungswandel der FDP, die solche Manöver noch kurz zuvor als Ausdruck unsolider Finanzpolitik gegeißelt hatte.

Die Koalition erweckt den Eindruck, es gebe ausreichend Möglichkeiten, die notwendigen öffentlichen Investitionen zu finanzieren, ohne formell gegen Schuldenregeln zu verstoßen. Dies sind aber Scheinlösungen: Viele der Infrastrukturvorhaben – von Bildung und Kinderbetreuung bis zum Ausbau erneuerbarer Energien – erfordern nicht nur mehr Investitionen im Sinne der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, sondern darüber hinaus den massiven Ausbau öffentlicher Dienste. Dies wird nicht ohne eine nachhaltige Steigerung der laufenden öffentlichen Einnahmen – vulgo Steuererhöhungen – machbar sein. Der Streit darüber, wer diese zusätzlichen Belastungen zu tragen hat, wird eines der zukünftigen wirtschaftspolitischen Konfliktfelder sein.

2.2. Modernisierung und vertikale Industriepolitik

Der KV hätte auch mit „Germany first“ überschrieben werden können. Unter „Spitzenliga“ tut er es nicht (s.o.). In welchen Bereichen Deutschland (und Europa) überall „führend“ (5773) oder „Leitmarkt“ (759) sein will ist kaum zu zählen¹¹: Von der Wasserstofftechnologie bis zum „Games-Standort“ (524) fehlt kaum einer der modernen Wirtschaftsbereiche, einschließlich modernster „Fintechs“ (5833).

Die zu diesem Zweck einzusetzenden Instrumente sind vielfältig, die Initiative aber liegt beim Staat. So ziemlich alles soll „beschleunigt“¹² werden, vor allem Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren, was faktisch die Beschränkung von Bürgerbeteiligungen beinhaltet. Hervorzuheben sind drei Momente, die auch schon in vorhergehenden Regierungsprogrammen eine Rolle spielten, nun aber stärker akzentuiert werden:

- Der Staat definiert die wirtschaftlichen Bereiche, die gestärkt werden müssen, damit Deutschland in der „Spitzenliga“ (62) bleibt bzw. in diese aufrücken kann.
- Der Staat setzt alle verfügbaren Instrumente ein (politische wie ökonomische), um die politisch als zentral definierten Aktivitäten zu stärken.
- Zu diesem Zweck sollen jeweils Allianzen (z.B. die „Allianz für Transformation“ mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden, 2090) gebildet und „Dialogformate“ aufgelegt werden.

Die staatlichen Instrumente selbst aber sind die alten, sieht man – im Vergleich zur Vorgängerregierung – von den ungleich höheren Mitteln ab, die aufzuwenden sind. Es wird durchweg auf Anreize und andere indirekte Maßnahmen (darunter die CO₂-Steuer) gesetzt, d.h. die privaten Unternehmen werden nicht ordnungsrechtlich und sanktionierbar zu bestimmten Verhaltensweisen verpflichtet. Elemente staatlicher ‚vertikaler‘ Industriepolitik sind:

- Gezielter Ausbau von öffentlichen Infrastrukturen wie z.B. Ladestationen für die E-Mobilität;

¹¹ Vgl. die Auflistung bei Herbert Storn, Der Ampelvertrag, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 1.12.2021.

¹² Das Wort taucht 37 mal auf.

- Subventionen, Abschreibungsvergünstigungen, Kreditzusagen und öffentliche Zuschüsse für die Privatwirtschaft;
- Forschungspolitik, insbesondere Unterstützung beim „Transfer von der Grundlagenforschung bis in die Anwendung“ (538). Die Universitäten werden enger an die Privatwirtschaft angebunden, in Universitäten und Forschungseinrichtungen soll die „Ausgründungskultur“ (601) gestärkt werden.

Die direkte aktive wirtschaftliche Tätigkeit des Staates aber – sieht man von „Leuchtturmprojekten“ (2096) ab – soll nicht ausgebaut werden. Neue Privatisierungsinitiativen zeichnen sich nicht ab, in bestimmten Bereichen wie der Bahn oder der Rentenversicherung (Aktienrente) werden aber erste Voraussetzungen dafür geschaffen.

Die extrem ungleiche Vermögensverteilung soll nicht angepackt werden. Sie ist im Übrigen nicht nur politisch und sozial relevant: Die Konzentration der Vermögen bei einer kleinen Gruppe treibt die *Finanzialisierung* voran und begründet die Instabilität der Finanzmärkte. Deren Rolle wird im KV zwar angesprochen, aber nicht als potenzieller Krisenherd. Im Gegenteil: Der „Finanzmarkt Deutschland“ (5722) soll für „Fintechs, InsurTechs, Plattformen, NeoBroker und alle weiteren Ideengeber ... einer der führenden Standorte innerhalb Europas werden“. (5829). Erleichterungen bei den Eigenkapitalvorschriften für Banken werden „geprüft“. Die Basel III/IV-Regelungen werden umgesetzt – dazu gibt es keine Alternative –, es soll aber auf „investitionsfreundliche Rahmenbedingungen“ (5730) geachtet werden. Die Finanzszene lobt die „kapitalmarktfreundliche Haltung“¹³ des KV, Schritte zur Deregulierung überwiegen.

Modernisiert werden müsse – so das Mantra des KV – um die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu erhalten. Nicht erwähnt wird, dass der deutsche Exportüberschuss schon seit Jahren ein internationales Ärgernis ist. Deutschland ist wegen des seit 2014 über sechs Prozent des BIP liegenden Leistungsbilanzüberschusses Objekt der „Macroeconomic Imbalances Procedure“ (MIC) der EU¹⁴. Mögliche Sanktionen der EU scheinen die Regierung aber nicht zu schrecken: Der Sachverhalt wird im KV noch nicht einmal erwähnt. Die ‚Ampel‘ bleibt dem Exportmodell Deutschland verhaftet, was einen großen Niedriglohnssektor zwingend einschließt.

3. Klimapolitik

Klimapolitik ist ein Schlüsselbereich des KV, der alle Wirtschafts- und alltäglichen Lebensbereiche betrifft. Ihrer besonderen Bedeutung wegen wird sie in einem Zusatzbeitrag kritisch kommentiert.¹⁵ Die vorstehend gegebene Charakteristik des Umbaus der wirtschaftspolitischen Orientierung mit starker Neuakzentuierung der staatlichen Zielvorgaben (Emissionsminderung, Umstellung der

¹³ Finanzszene.de, Newsletter v. 25.11.2021.

¹⁴ Vgl. Deutscher Bundestag, Wissenschaftlicher Dienst, Fragen zum deutschen Leistungsbilanzüberschuss, Sachstand WD 5 – 3000 – 027/20, v. 18.3.2020.

¹⁵ Vgl. den nachstehenden Beitrag (S. 115-122).

Energieversorgung auf erneuerbare Energie), mit Ausbau der staatlichen Förderung des privaten Kapitals und staatlicher Infrastrukturentwicklung, trifft besonders auf diesen Bereich zu. All dies soll auf „marktwirtschaftlichem Wege“ bei weitgehender Abstinenz von ordnungsrechtlichen Vorgaben (sanktionierbare Ge- und Verbote), allein durch CO₂-Bepreisung und das Setzen von Förder- und Profitanreizen sowie Forcierung der Technologieentwicklung erreicht werden. Ausbau von öffentlichem Eigentum, von öffentlicher Kontrolle dort, wo öffentliche Gelder fließen, stehen nicht zur Debatte. Die in diesem Kontext überall angeregten „Plattformen“ und Steuerungskreise unter Einbeziehung aller relevanten Sozial- und Umweltakteure haben unter solchen Bedingungen keinen demokratischen Charakter, sondern sind Instrumente der Einbindung und vorbeugenden Konfliktbearbeitung.

Auch hier setzt der KV voll auf Wachstum und diskutiert die damit verbundenen Widersprüche zu anderen ökologischen Grenzen mit keinem Wort. Er spricht mehrfach davon, er orientiere auf den „1,5-Grad-Pfad“ von Paris. Das ist jedoch irreführend. Das für die BRD noch zur Verfügung stehende CO₂-Budget erfordert, wenn die Klimaziele der Übereinkunft von Paris eingehalten werden sollen, Klimaneutralität weit vor 2045, wie im KV und in der „Eröffnungsbilanz Klimaschutz“ avisiert. Der KV stellt der Energiewirtschaft durchaus ehrgeizige Ziele – Umstellung der Stromerzeugung bis 2030 auf 80 Prozent Erneuerbare Energien – ohne die Kosten und Wege im Einzelnen zu benennen. Das gilt auch für den Sektor Gebäudewärme. Der Verkehrssektor wird mit Ausnahme des schienengebundenen Verkehrs de facto völlig der Kontrolle des privaten Kapitals überlassen, dessen Kurs – Ersatz der Verkehrswende durch eine Antriebswende in Form der Umstellung auf Elektroantrieb – voll unterstützt und durch vielfältige Fördermaßnahmen finanziell so abgesichert werden soll, dass Deutschland zum Leitmarkt der E-Mobilität werden kann. Alle „grünen“ Wahlversprechen wurden über Nacht zu Makulatur.

Die hohen Kosten der Transformation sollen weitgehend auf die Gesellschaft abgewälzt werden. Einzelne Kompensationszahlungen sind schwach und können keinen wirklichen sozialen Ausgleich schaffen. Soziale Konflikte sind programmiert. Für die gesellschaftliche Linke käme es darauf an, eine konsequente Strategie für radikalen Klimaschutz zu verbinden mit einem Konzept gegen die soziale Polarisierung und für öffentliche Kontrolle, mehr Mitbestimmung und Demokratisierung.

4. Arbeit und Soziales

Industrielle Modernisierung soll flankiert werden von „sozialem Fortschritt“. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik (2136-3104) verspricht die Koalition Vieles: „Faire Löhne“ (2329), „Stärkung der Tarifbindung“ (2331), ein „Bürgergeld“, das die „Würde des und der Einzelnen“ achtet (2473), eine „gute und verlässliche Rente“ (2391), eine „moderne sektorenübergreifende Gesundheits- und Pflegepolitik“ (2151) sowie bezahlbares Wohnen (2920).

Die sozialen Probleme sind in der Tat gewaltig: Wachsende Ungleichheit von Vermögen und Einkommen, explosive Vermehrung des Reichtums weniger,

Verarmung eines großen Teils der Bevölkerung, vor allem Altersarmut, Prekariisierung von Arbeit, Wohnungsnot, Mietenexplosion, Krise von Gesundheits- und Bildungssystem usw. im Verbund mit dem drohenden Verlust von Arbeitsplätzen und Qualifikation. Wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge sind unterfinanziert und bedürfen dringend massiver personeller Aufstockung. Die Coronakrise hat die Probleme weiter verschärft. Das alles streift der KV eher beiläufig. Ob also die ökologische Transformation auch eine soziale sein wird, ist höchst unsicher und muss in voraussichtlich heftigen Verteilungskonflikten immer wieder neu entschieden werden.

Bei genauerer Prüfung im Detail wirkt das sozialpolitische Konzept der Ampelkoalition weit weniger ambitioniert als ihre wirtschaftlichen Umbaupläne. Im Vergleich zur vergangenen großen Koalition ist es eher das bekannte muddling through - mit einigen neuen Akzenten. Der gesamte KV kreist um die ökologische Modernisierung von Industrie und Wirtschaft. Arbeits- und Sozialpolitik sollen flankierend den sozialen Frieden in diesen Umbrüchen halbwegs sichern und die notwendigen Arbeitskräfte flexibel und preiswert verfügbar halten. Das ist – wie auch in anderen Bereichen – die Stunde des Korporatismus, der Förderung von gesellschaftspolitischen Allianzen zwecks Konsensherstellung.

Dazu braucht es, so die FAZ vom 24. 11. 2021, ein „gemeinsames Handeln“, bei dem im Ergebnis „alle“ auf allzu große (soziale) Ansprüche an den Staat verzichten. Diese Warnung ergeht an die Lohnabhängigen, und in diesem Sinne sollen insbesondere die Gewerkschaften eingebunden werden. Im KV schlägt sich das nieder in einem Mix aus angekündigten kleinen Verbesserungen, die durchaus wichtig sind (Mindestlohn 12 Euro, Bundestarifreugesetz, kleine Korrekturen beim „Bürgergeld“, Kindergrundsicherung) und marktwirtschaftlich angelegten Flexibilisierungen. Marktradikale Verschlechterungen werden nicht angedroht, „Experimentierräume“ (2238, 2337) können aber durchaus Hintertüren dorthin öffnen. Die Privatisierungen und Sozialdemontagen der jüngeren Vergangenheit bleiben im Kern bestehen. Eine auf die Problemlagen reagierende tiefgreifende Reform der Sozialsysteme hat in diesem Konzept keinen Platz.

4.1 Sozialpolitik

Die wichtigsten sozialpolitischen Vorhaben der Ampel in Stichworten:

- Die Tarifbindung soll „gestärkt“ werden, wird aber nicht konsequent angegangen. Vor allem werden die Veto-Rechte der Unternehmerverbände bei der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen nicht angetastet. Die Tür zur vom Kapital seit Langem geforderte Deregulierung des Arbeitszeitrechts wird geöffnet. Die großen Sektoren prekärer und niedrig entlohnter Tätigkeiten bleiben bestehen, damit auch die Spaltung des Arbeitsmarktes in einen (schrumpfenden) tariflich-regulierten und einen (wachsenden) entstandardisierten Sektor. Das reformbedürftige System der betrieblichen Mitbestimmung verharrt in der Stagnation.

- Das Rentenniveau von völlig unzureichenden 48 Prozent des früheren Nettoeinkommens soll nicht weiter gekürzt werden, das Renteneintrittsalter nicht weiter heraufgesetzt werden. Der Fortschritt erschöpft sich hier im Ausbleiben weiterer Verschlechterungen.
- Hartz IV wird in Bürgergeld umbenannt, das Hartz-System bleibt, abgesehen von kosmetischen Korrekturen, bestehen.
- Die Privatisierung und Kommerzialisierung der Systeme von Gesundheit und Pflege werden nicht angetastet. Ihre – in der Pandemie augenfällig gewordene – dringend notwendige Umwandlung in Systeme der öffentlichen Daseinsvorsorge sieht der KV nicht vor.
- Zwar wird ein Bauministerium geschaffen, aber die im KV vorgesehenen Maßnahmen gegen Wohnungsknappheit und Mietenexplosion sind dem Ernst der Lage nicht angemessen. Eingriffe ins Eigentum an Grund und Boden sind nicht vorgesehen.

4.2 Für das Kapital stimmt die Richtung

Kapital und Kapitalverbände haben sich mit dem KV insgesamt zufrieden gezeigt, können sich bestätigt sehen und fühlen sich ermutigt, mehr zu fordern, etwa eine völlige Demontage des Arbeitszeitgesetzes. BDI-Präsident Russwurm lobte, die „Bedeutung der Industrie und ihrer Innovationskraft“ stehe „an vielen und zentralen Stellen sehr deutlich und positiv im Vertrag“. Der BDI-Präsident weiß, dass seine Klientel keine neuen Steuerbelastungen befürchten muss, sieht aber dennoch „finanzpolitisch sehr viele Fragezeichen“ und verlangt ein klares Bekenntnis der Politik „zu einer wettbewerbsfähigen Steuerbelastung der Unternehmen“, also weitere Entlastungen (BDI-Presseinformation, 25.11.2021).

BDA-Präsident Rainer Dulger forderte die Ampelkoalition auf, weiterzugehen zu einer „mutigen Zukunftsagenda 2030“. „Alles, was die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen einschränkt“, gehöre „auf den Prüfstand, abgeschafft oder modernisiert“. Der notwendige Strukturwandel der Wirtschaft soll auf keinen Fall von den Unternehmen bezahlt werden. Mit den Worten der BDA: „Leider hat der Ampel aber der Mut gefehlt, über den Status Quo hinaus neue Freiheiten für Unternehmen und Beschäftigte zu schaffen und Eigenverantwortung zu stärken“ (Handelsblatt 4.1.2022). Dulger weiter: Eine „ausgabenwillige Sozialpolitik“ sei „nicht zukunftsfähig“. Die Altersgrenze für den Renteneintritt müsse steigen, die Arbeitslosenversicherung „auf Kernbereiche“ reduziert werden (ebd., 29.12.2021). Im Hintergrund stehen noch sehr viel drastischere Forderungen einiger Kapitalverbände.¹⁶

4.3 Die Gewerkschaften

Die Gewerkschaften konnten in den zwei Jahren der Pandemie dort, wo sie mobilisierten, gewisse Erfolge verbuchen. Ihre Position ist aber insgesamt relativ

¹⁶ Gesamtmetall, 20.6.2020; www.gesamtmetall.de/sites/default/files/downloads/gesamtmetall-vorschlaege-fuer-die-corona-krise.pdf.

schwach, sie verloren Mitglieder während der Pandemie, das politische Kräfteverhältnis hat sich weiter zu Gunsten des Kapitals verschoben. Führende Gewerkschaftsvertreter:innen arrangierten sich recht schnell mit der Ampel, zumal von einem sozialdemokratischen Kanzler geführt. Sie sahen im KV – wie der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann – „Stärken“, bemängelten aber auch „Schwächen“, die „mutig durch kluges Regieren korrigiert“ werden sollten (DGB-Pressemitteilung 25.11.2021). Der IG Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann hob als entscheidend hervor, dass die neue Regierung die „sozial-ökologische Transformation“ mit den Themen „Industriepolitik, aktive Arbeitsmarktpolitik und Bildung“ nun endlich anpacken wolle (IG Metall-Pressemitteilung 25.11.2021). In einem Brief an die Funktionäre der Gewerkschaft benannte er diese Punkte, erwähnte aber die angekündigte Flexibilisierung von Arbeitszeitregelungen nicht. Auch der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke sah im KV positive Punkte, etwa im Bereich Arbeit und Soziales, übte aber scharfe Kritik z. B. an der „Aktienrente“ (ver.di-Pressemitteilung 24.11.2021). Anders als Hofmann rügte er die Pläne zur Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes. Gewerkschaften und Sozialverbände kritisierten einhellig: Die Ampel plane keine Steuergerechtigkeit (weder bei Vermögenssteuer noch bei Erbschaftssteuer). Für den gewaltigen Finanzbedarf bei Investitionen und im sozialen Bereich fehle ein Finanzierungskonzept.

In den Gewerkschaften gibt es eine starke Neigung, die korporatistischen Angebote der Ampel-Koalition anzunehmen. Der KV schlägt vor: „Im Dialog mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden wollen wir eine ‚Allianz für Transformation‘ schmieden und in den ersten sechs Monaten des Jahres 2022 stabile und verlässliche Rahmenbedingungen für die Transformation besprechen.“ (2090ff.) Solche Dialogformate gab es auch bisher schon. In einem Spiegel-Interview (15.1.2022) kritisierte Jörg Hofmann, diese seien aber „oft genug bloße Debattierclubs gewesen“. Das dürfe „hier nicht geschehen“. Genau das schwebt der Ampel aber vor: Relevante Akteure und Verbände im Dialog frühzeitig einbinden, keine Beschlüsse fassen, aber Konsens herstellen und Konflikten vorbeugen. Aus linker gewerkschaftlicher Sicht liegt in diesen korporatistischen Angeboten „die Gefahr, die politische Form eines ökologischen Modernisierungs-Projektes anzunehmen, das die Spielregeln kapitalistischen Wirtschaftens unangestastet lässt“¹⁷. Gewerkschaften sind immer dann am ehesten erfolgreich, wenn sie Konfliktfähigkeit entwickeln, autonome Position beziehen, ihr politisches Mandat wahrnehmen und zusammen mit Sozialverbänden, Klimabewegungen und der demokratischen Zivilgesellschaft Druck entwickeln für ökologische, soziale und demokratische Alternativen in der Transformation. Das würde erfordern, kapitalistische Wachstums- und Profitdogmen in Frage zu stellen und eine verteilungspolitische Offensive zu entwickeln. Die demografische und Arbeitsmarkt-Entwicklung (Mangel an fachkundigen Arbeitskräften) könnten für den Aufbau von Druckpotential und Gegenmacht flankierend genutzt werden.

¹⁷ Hans-Jürgen Urban/Christoph Ehlscheid: Zwischen Fortschrittsrhetorik und Parteienkompromiss. In: sozialismus, 1/2022, S. 45.

5. Gesellschaft und Demokratie

Im Abschnitt VI des KV (3429-4378) „Freiheit und Sicherheit, Gleichstellung und Vielfalt in der modernen Demokratie“ werden zahlreiche kulturelle und gesellschaftspolitische Modernisierungen in Aussicht gestellt. Auch in seiner ersten Regierungserklärung im Dezember 2021 hob Bundeskanzler Olaf Scholz sie hervor – allerdings erst an dritter Stelle nach den technischen und sozialen „Fortschritten“, um die es der Koalition gehe (s.o.). Kulturelle und gesellschaftliche Modernisierung gehörten schon zu den zentralen Wahlversprechen der Ampelkoalitionäre, die sich damit erfolgreich gegen den wieder stärker artikulierten Konservatismus von CDU (mit dem skandalbelasteten „C“ im Namen) und die reaktionären bis völkischen Auftritte der AfD abgrenzten. „Recht und Gesetz“ sollen, so Scholz, „an die Lebenswirklichkeit unseres vielfältigen Landes“ angepasst werden.¹⁸ Damit kommt die Ampelkoalition den aufgestauten Bedürfnissen in der Gesellschaft nach, die mit Wertewandel und Veränderungen der Lebensweise, wachsenden Ansprüchen an Selbstbestimmung und Demokratie, Ablehnung von Bevormundung und Verlangen nach Anerkennung von Subjektivität, Individualität und Diversität zusammenhängen und die im Wahlkampf gerade für die von ihnen angesprochenen und mobilisierten Wähler:innen große Bedeutung hatten (von der Scholz’schen Respekt-Kampagne über Lindners Freiheitsversprechen bis zur grünen Aufbruchhoffnung). Dies gilt sowohl für die Welt der Lohnarbeit – die durch die rasche Abfolge von wirtschaftlichen und betrieblichen Krisen, sozialen Belastungen und den Verlust traditioneller Aufstiegshoffnungen („die Kinder sollen es besser haben“) und damit verbundenen gesellschaftlichen Demütigungen stark verunsichert ist – wie für die enorm gewachsene jüngere Schicht der schulisch und akademisch Qualifizierten mit hohem Anspruchspotential an Selbstbestimmung.

Obwohl es auch während der Regierungszeit von Merkel eine ganze Reihe von Anpassungen an diese gesellschaftlichen Veränderungen gegeben hatte – eine der Ursachen der zunehmenden Spannungen innerhalb der CDU, ihres internen „Kulturkrieges“ und des Verlusts der Kontrolle über ihren ausgebrochenen „rechten Rand“ – hatten CDU und CSU große Modernisierungslücken hinterlassen, die jetzt geschlossen werden sollen. Die neue Koalition nimmt dabei vor allem jene Reformen in den Blick, die nicht mit dem konservativen Familien- und Geschlechterbild der Unionsparteien zu vereinbaren waren. In diesen Ansprüchen, die sowohl neoliberal-konkurrenzbetont wie egalitär-demokratisch artikuliert werden können (hier sind virulente Spaltungslinien zwischen den und quer durch die Ampelparteien unübersehbar), kann für die Zukunft Sprengkraft liegen, wenn die gesellschaftliche Linke es verstehen würde, sie sozial und kulturell aufzunehmen und in einem Programm sozial-kultureller Demokratisierung zusammenzuführen.

5.1 Kulturelle und soziale Modernisierung

Die mit dem Aufstieg einer auch parteipolitisch organisierten extremen Rechten häufig beschriebene habituelle und auch materielle Spaltung der Gesellschaft –

¹⁸ <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20008.pdf>, S. 335.

„Traditionalisten vs. Kosmopoliten“; „Globalisierungsgewinner vs. Globalisierungsverlierer“; „Stadt vs. Land“ etc. – wird von der Koalition mit einer Art Modernisierungsbündnis beantwortet. Zugleich werden aber – wie in Abschnitt 4 gezeigt – soziale Ungleichheit und die Spaltung in Arm und Reich nicht angestastet. Große Teile der Lohnabhängigen werden mehr leiden unter hohen Mieten, Wohnungsnot, immer teureren Lebenshaltungskosten, Leistungskürzungen und Gebührenerhöhungen in den Kommunen usw. Die Maßnahmen gegen den Klimawandel werden sie finanziell belasten. Niedriglöhne und prekäre Arbeitsverhältnisse bleiben bestehen, darunter auch die Abdrängung vieler erwerbstätiger Frauen in den Niedriglohnbereich. Kulturelle Öffnungen bei gleichzeitiger Verschärfung der sozialen Probleme schaffen aber tiefgehende Enttäuschungen und neue Konfliktfelder, etwa im Bereich der Migration. Uneingelöste Versprechungen auf mehr Selbstbestimmung und demokratische Rechte schaffen gerade jenen rechten Kräften Freiräume, die soziale und Anerkennungsfragen als Gegensätze konstruieren und damit auch die Klimapolitik desavouieren wollen.

5.2 Migration

Die Förderung von „Diversity-Strategien“ (3955) soll Diskriminierungen beseitigen, kommt zugleich auch den Interessen einer global vernetzten Arbeitswelt entgegen. Das betrifft auch die nicht nur verbale Anerkennung, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist (6, 3943). Die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts, Erleichterungen bei Einbürgerung und Mehrstaatlichkeit, die Stärkung des *ius soli*, die Beschleunigung der „Duldung“ für Geflüchtete, die Beseitigung des Arbeitsverbots für sie – all das sind Teile eines „Kulturwandels“ (3956) und konkrete materielle Verbesserungen, die auch dem Arbeitsmarkt zugutekommen. Die Einbürgerungserleichterungen für die „Gastarbeitergeneration“ (3974) betreffen einen zentralen Teil der migrantischen Arbeiterklasse der 1960er und 70er Jahre, dem zum Teil bis heute aufgrund fehlender Einbürgerungsmöglichkeiten politische Partizipation (etwa das Wahlrecht) vorenthalten wird.

„Migration“ als normalen Bestandteil „der Geschichte unseres Landes“ (3943) anzuerkennen ist nicht nur ein Schritt zu mehr gesellschaftspolitischer Gerechtigkeit. Es geht der Ampelkoalition auch darum, „neue Potenziale für den Wirtschaftsstandort Deutschland“ zu erschließen (3960). Die andere Seite dieser Modernisierung sind *Braindrain* und Abwerbung von Fachkräften unter Ausnutzung des internationalen ökonomischen Gefälles. Dass dies auf Kosten armer Länder geht, interessiert nicht. Für die gesellschaftliche Linke geht es darum, den gesellschaftlichen Fortschritt in der Migrationspolitik mit Forderungen nach Abbau internationaler Ungleichheitsverhältnisse und sozialer Sicherung im Inneren zu verbinden.

5.3 Gleichstellung

Zur ökonomischen Gleichstellung der Geschlechter fasst sich der KV bemerkenswert kurz und unkonkret (3855ff.). Die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern soll geschlossen (3861) und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt werden (3866). Wichtige Hebel dazu wären Arbeitszeitverkürzung bei

vollem Lohnausgleich, damit Frauen leichter aus der Teilzeitfalle herauskommen, und Abschaffung des Ehegattensplittings. Zu beiden Themen bleibt der KV vage.

Überfällig ist seit langem die Modernisierung eines veralteten Familienbegriffs, verbunden mit der Anerkennung von sozialer Elternschaft, womit Elternschaft auf bis zu vier Personen ausgeweitet werden kann. Gleiches gilt für die Erweiterung der Adoptionsmöglichkeit für gleichgeschlechtliche Paare, die Anerkennung doppelter Mutterschaft bei Kindern in lesbischen Beziehungen oder die Ablösung des Adoptionsrechts vom rechtlichen Stand der Ehe. Allerdings gibt es auch hier einen neoliberalen Pferdefuß in Gestalt der Förderung von Reproduktionsmedizin bis hin zur Legalisierung von Leihmutterschaft (3892 ff) – was nicht nur einen ethischen Kulturbruch beinhaltet, sondern auch ein lukratives Kapitalanlagefeld eröffnet.

Die Abschaffung des Transsexuellengesetzes zugunsten eines Selbstbestimmungsgesetzes hat für die Betroffenen sehr reale positive Auswirkungen. Dass die angekündigte Ausweitung von Frauenerwerbsarbeit im Kapitalismus immer auch funktional auf die Ware Arbeitskraft zielt, ist so richtig wie banal. Dass die Koalition sich aber offenbar damit zufriedengibt, viele Frauen über das Festhalten an Mini- und Midi-Jobs, die nachweislich stärker von Frauen in Anspruch genommen werden, verstärkt in prekären Beschäftigungsverhältnissen zu belassen, verweist auf die engen Grenzen ihrer Gleichstellungsversprechen, für die der erforderliche materielle Unterbau nicht geschaffen wird. Ein weiterer Ansatzpunkt für die gesellschaftliche Linke.

5.4 Antifaschismus

„Rechtsextremismus ist die derzeit größte Bedrohung unserer Demokratie“ (3578) – so beginnt der Abschnitt des KV, der mit „Kampf gegen Extremismus“ überschrieben ist. Wenn die neue Innenministerin den Kampf gegen die extreme Rechte zu einer zentralen Aufgabe ihres Fachgebiets erklärt, hat das aus antifaschistischer Sicht erst einmal wohlwollende Aufmerksamkeit verdient. Bei genauem Hinsehen zeigt sich aber der „hilflose Antifaschismus“, der den guten Einzelvorhaben zugrunde liegt (3582ff.) und für die Arbeit vieler Engagierter gegen rechts mehr Unterstützung und Anerkennung verspricht. Denn die Ursachen, sozialen und gesellschaftspolitischen Voraussetzungen für den Aufstieg einer extremen Rechten werden von der Koalition genauso wenig in den Blick genommen wie die zunehmende Spaltung der Gesellschaft oder die Abwendung vieler Menschen von der Demokratie. So bleibt es letztlich bei einer reaktiven Politik, die an den Erfolgsbedingungen der Rechten nichts Grundsätzliches ändern wird. Indem die Koalition dem falschen und staatsautoritären Extremismus-Konzept verhaftet bleibt, kann sich der aktuelle Reflex gegen rechts schnell auch gegen links wenden.

Das ist, will man das gesellschafts- und demokratiepolitische Fortschrittsprogramm der Koalition bilanzieren, der zentrale Kritikpunkt: Indem sie die sozialen und Klassenspaltungen der Gesellschaft nicht in den Blick nimmt, kann sie die Aufstiegsbedingungen der extremen Rechten nicht angemessen erfassen. Um an diesen „Deutschen Zuständen“ (Heitmeyer) etwas zu ändern, müsste die

Koalition mehr auf den Weg bringen als einen „progressiven Neoliberalismus“ oder eine etatistische Modernisierung des „Industriestandortes Deutschland“.

6. Außen- und Sicherheitspolitik

Die Grundsätze ihrer Außen- und Sicherheitspolitik fasst die Ampel-Koalition ohne falsche Bescheidenheit zusammen unter dem Label „Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt“ (4381ff.). Verglichen mit dem Kurs der Vorgängerregierungen signalisiert das Kontinuität, hier allerdings mit stärkerer Betonung der „Umbrüche, vor denen Deutschland steht“ (4383), die sich „nicht allein national bewältigen“ lassen (4385). Die Koalition verortet ihr Agieren in „einer von Unsicherheit und Systemkonkurrenz geprägten Welt“ (4550f.). Alternativ ist viel von „Freiheit, Demokratie und Menschenrechten“ (4396) die Rede. Es gehe aber auch darum, „in wichtigen strategischen Bereichen“ „weniger abhängig und verwundbar zu sein“, so etwa bei „Energieversorgung“ oder „Rohstoffimporten“ (4431ff.). Besonders wichtige Felder, auf denen diese Grundsätze konkretisiert werden sollen, sind nach dem KV:

- Der Ausbau der Rolle Deutschlands als globaler Akteur in einer strategisch souveränen EU;
- die Stärkung des transatlantischen Bündnisses mit den USA und die Integration in die von den USA dominierte NATO;
- die entschiedene Systemrivalität mit Russland und China.

6.1 Deutschland und die EU

Grundlage deutscher internationaler Politik ist eine „strategisch souveräne EU“ (4402). In ihr spielt Deutschland „als größter Mitgliedstaat“ (4409) und als „viertgrößte Volkswirtschaft der Welt“ (4394) eine besondere Rolle. Die Ausführungen zur EU und zur Rolle Deutschlands darin stehen im KV an zentraler Stelle und machen den größten Teil des außenpolitischen Kapitels aus. Es geht hier fast ausschließlich um die Durchsetzung deutscher und europäischer Wirtschaftsinteressen. Die Aufwertung der EU ist für Deutschland sehr wichtig. Diese müsse wirtschaftliche und militärische Stärke gewinnen. Kein Wort zur inneren Zerrissenheit, zur krisenhaften Verfasstheit der EU. Die EU fungiert faktisch als Verstärker zur Durchsetzung deutscher Interessen (4388). „Die strategische Souveränität Europas“ (4430 – Europa und EU sind hier Synonyme) gilt es auszubauen, um (auch deutsche) „Handlungsfähigkeit im globalen Kontext herzustellen“ (4431). Das schließt eine stärkere „europäische Außen- und Sicherheitspolitik“ (4548ff.) inklusive der militärischen Kooperation ein. Darin spielt die strategische Partnerschaft mit Frankreich eine Schlüsselrolle (4579ff.). Schließlich wird der demokratische Ausbau der EU beschworen, aber gleichzeitig in der Entscheidungsfindung eine Abkehr von der Einstimmigkeit zugunsten „qualifizierter Mehrheit“ gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik angestrebt (4553ff.).

6.2 Transatlantische Partnerschaft

Die neue Regierung lässt keinen Zweifel an der unverzichtbaren „transatlanti-

sche(n) Partnerschaft und [...] Freundschaft mit den USA“ als „ein zentraler Pfeiler unseres internationalen Handelns“ (5164ff.). Dies formuliert der KV allerdings anders als bei der EU an weniger prominenter Stelle. In diesem Kontext bleibt die NATO „unverzichtbare Grundlage unserer Sicherheit“ (4880). Gemeinsam mit den USA will man die „internationale Ordnung stabilisieren“ (5167).

6.3 Konfrontation mit Russland

Im Verhältnis zu Russland lässt sich studieren, wie die neue Regierung das machen will. Der KV geht mit Formelkompromissen darüber hinweg, dass die Parteien der Koalition die Akzente unterschiedlich setzen. Er geht auch darüber hinweg, dass Bundesregierung, NATO und USA dabei sind, ein reales Kriegsrisiko in Europa zu schaffen, das in einen atomaren Weltbrand ausufern könnte. Das grün geführte Außenministerium und das SPD-geführte Verteidigungsministerium setzen am deutlichsten auf Konfrontation. Die FDP fordert darüber hinaus Waffenlieferungen an die Ukraine. Das Kanzleramt scheint demgegenüber vorsichtiger zu agieren. Die SPD hat insgesamt keine völlig klare Position. Gewiss, so konzediert der KV, Russland sei „ein wichtiger internationaler Akteur“ (5201f.), aber eben der Böse. Der KV und die ersten politischen Schritte der Regierung bringen eine Schärfe in die Politik, die über das harte Agieren der Merkel-Regierung hinausgeht. Russland bedrohe die Souveränität seiner Nachbarn, angefangen mit Ukraine und Osteuropa, schränke bürgerliche und demokratische Freiheiten ein (5219) und missachte die Menschenrechte – das alles ist einer Außen- und Sicherheitspolitik, die von sich erklärt, auf „Werten“ (25, 4386) zu basieren, ein Dorn im Auge.

Die 1996 entgegen früheren Zusicherungen¹⁹ begonnene NATO-Osterweiterung und die Ankündigung, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, haben die beidseitige Konfrontation befeuert. Als Alternativen zu weiterer Eskalation bleiben vor allem wechselseitige Anerkennung von Sicherheitsinteressen, Dialog, Verzicht auf weitere Drohungen. Letztlich gibt es zu einem europäischen Sicherheitssystem mit Einschluss Russlands keine Alternative.

6.4 Systemrivalität mit China

Besonders viel Aufmerksamkeit widmet der KV dem Verhältnis zu China (5303ff.), das häufiger genannt wird als alle anderen Länder. Angestrebt wird einerseits eine „enge transatlantische Abstimmung in der China-Politik“ (5311). Das signalisiert eine gewisse Bereitschaft, den Anti-China-Kurs der USA mitzutragen, führt aber in Widersprüche. Denn China wird auch als wesentlicher wirtschaftlicher Akteur gewertet, mit dem sich aber der Westen in „systemische(r) Rivalität“ (5306) befinde. Für den „Exportweltmeister“ Deutschland ist China ein unverzichtbarer Partner. Das soll unbedingt so bleiben, kollidiert jedoch mit der ambivalenten Haltung zu innerchinesischen Konflikten (Hongkong, Uigu-

¹⁹ Wir verweisen hier explizit auf den Beitrag von Norman Paech, „Not one inch eastwards“. Streit um die NATO-Osterweiterung, in: Z 120 (Dezember 2019), S. 161-165.

ren), zu Taiwan und dem Streit um das ost- und südchinesische Meer. Das hindert die Koalition allerdings nicht daran, sich an einem brandgefährlichen (noch) kalten Krieg gegen Russland und China zu beteiligen.

6.5 Konventionelle und atomare Rüstung

Zwar bekennt sich die Koalition zu einer „abrüstungspolitischen Offensive“ (4896), spricht von „konventioneller und nuklearer Abrüstung“ (4891), jedoch stets im internationalen Rahmen. Abrüsten sollen zunächst die anderen. Der KV vermeidet es zwar, das Zwei-Prozent-Ziel für Rüstungsausgaben zu nennen, verpflichtet sich aber langfristig zu „einem vernetzten und inklusiven Ansatz“ (4859) für ein 3-Prozent-Ziel (4860). Der dahinterstehende Sicherheitsbegriff umschließt entwicklungspolitische und militärische Aufgaben (4861) im Sinne der „in der NATO eingegangenen Verpflichtungen“. Praktisch verquickt das militärische und Entwicklungspolitik und verschleiern Kosten. Die Mittel für internationale Entwicklungszusammenarbeit werden an die Militärausgaben gekoppelt (5086). Für die Entwicklungspolitik, die ein Instrument der Entschärfung globaler Konfliktherde sein müsste, sind das keine guten Aussichten einschließlich des Verschwimmens der Grenze zwischen Entwicklungshelfern und Militärs. Auf der militärischen Seite bedeutet das faktisch regelmäßige Steigerungen des Rüstungsetats und wird Deutschland zur größten Militärmacht in Europa machen. Dazu passt die Absicht, bewaffnungsfähige Drohnen anzuschaffen (4913, 5034ff.). Schwach sind auch die Aussagen zum Rüstungsexport. Hier sollen die „europäischen Partner“ zunächst eine „Rüstungsexportverordnung“ abstimmen (4923f.). Das bedeutet: Im Grunde kann alles bleiben wie bisher. Es bleibt abzuwarten, was das angekündigte Rüstungskontrollgesetz wirklich bringt.

Was atomare Rüstung betrifft bleibt von den Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen, Atomwaffen aus Deutschland zu eliminieren, nicht viel übrig. Zwar fehlt es im KV nicht an Bekenntnissen zu einer auf Frieden und Abrüstung ausgerichteten Politik, für „eine atomwaffenfreie Welt (Global Zero) und damit einhergehend für ein Deutschland frei von Atomwaffen.“ (4900f.) Allerdings: „So lange Kernwaffen im strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben“ (4885ff.). Die derzeit nicht infrage gestellte Praxis nuklearer Teilhabe betrifft die USA und schließt Forderungen an Frankreich ein, auch wenn das nicht ausdrücklich gesagt wird. Sie erfordert die entsprechende Neubeschaffung von Kernwaffenträgern (Tornado-Nachfolger) (5030-32).

6.6 Auslandseinsätze der Bundeswehr

Die Aufgaben der Bundeswehr werden auf zwei Ebenen definiert: Einmal geht es um Auslandseinsätze „im Rahmen des internationalen Krisen- und Konfliktmanagements, die auf dem Völkerrecht, insbesondere der Beschlüsse der VN basieren“ (5003f.). Im Klartext: UN-Mandat wäre schön, aber es geht auch ohne. Es wird versprochen, den gescheiterten und desaströsen Afghanistan-Einsatz

kritisch aufzuarbeiten (5069ff.). Doch ungeachtet eines möglichen Ergebnisses ist der Weg frei für vergleichbare zukünftige Einsätze.

Zum anderen wird betont, dass „die Landes- und Bündnisverteidigung an Bedeutung gewonnen“ habe (5005). Hier kommt ein flexibler und extrem erweiterter Begriff von Verteidigung im Sinne militärischer Interventionsfähigkeit zum Zuge. Im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zeigt sich, dass sich dieses Verteidigungskonzept derzeit de facto gegen Russland richtet.

6.7 Fazit

Mehr noch als auf anderen Gebieten bewegt sich das außen- und sicherheitspolitische Konzept der Ampelkoalition in bekannten Bahnen, ist von einer starken politischen Überheblichkeit geprägt und lässt kaum eigene Initiativen für Frieden, Abrüstung und kollektive Sicherheit erkennen. Damit werden anderen globalen Problemen und Krisen dringend benötigte Ressourcen entzogen – vor allem was den Klimaschutz und die Deeskalation und Befriedung weltweiter Konfliktherde betrifft. Der Abschnitt des KV, der großkotzig betitelt ist mit „Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt“, unternimmt keinerlei Versuch, ökologische Großkrisen und globale Unterentwicklung auch nur in den Blick zu nehmen. Die Risiken globaler Verwerfungen werden nicht thematisiert, Ansätze zu einer gerechteren globalen Wirtschaftsordnung sind den Koalitionären kein Thema. Ernsthafte Initiativen für ein europäisches kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands sind nicht zu erkennen. Von den einst friedensbewegten Grünen der 1980er Jahre ist ebenso wenig zu spüren wie von der „Neuen Ostpolitik“ eines Willy Brandt und seiner damaligen Unterstützer in der FDP.

7. Schlussbewertung

Mit dem KV formuliert die Ampel-Koalition ihren Anspruch, die Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaft und Industrie in der ökologischen Transformation auf ein neues Niveau zu heben, als global player in der „Spitzenliga“ mitzuspielen. Im Unterschied zur Vorgängerregierung sieht sie sich selbst als eine Art ‚ganz große Koalition‘. Angesichts der enormen Dimension der anstehenden Umgestaltungen findet sie es erforderlich, die unterschiedlichen und auch gegensätzlichen gesellschaftlichen Kräfte und Lager stärker einzubinden als bisher. „In diesem Sinne spiegelt eine Koalition aus unseren drei so unterschiedlichen Parteien auch einen Teil der komplexen gesellschaftlichen Wirklichkeit wider“ (128f.) „Wir wollen eine neue Kultur der Zusammenarbeit etablieren“, heißt es, „die auch aus der Kraft der Zivilgesellschaft gespeist wird“. (169f.) Das erfordert eine neue Qualität des Korporatismus, dem sich niemand entziehen soll.

Eine wirksame Intervention demokratischer und kritischer gesellschaftlicher Akteure ist damit gerade nicht gemeint. Zum Thema Demokratie zeigt sich der KV bemerkenswert einfalllos, unverbindlich und schmallippig. Sicher soll es einen „Bürgerdialog“ (211) geben, der seine Meinung sagen, aber nicht entscheiden darf, und Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden (280ff.), was gerade nicht nach „mehr Demokratie“ klingt.

Die Ampel-Koalition lässt keinen Zweifel daran, dass die angestrebte Modernisierung realisiert werden soll, ohne die sich polarisierende Einkommens- und Vermögensverteilung anzutasten. Die Koalitionäre scheinen der Ansicht zu sein, dass die Frage der Verteilungsgerechtigkeit mit der Erhöhung des Mindestlohns und der Kindergrundsicherung erledigt ist. Armut ist ansonsten kein Thema. Tatsächlich ändern Einkommenserhöhungen im Niedriglohnbereich an der gesamtgesellschaftlichen Verteilung nur wenig – solange sich bei den oberen Einkommenschichten nichts tut. Völlig ausgeklammert bleibt das Thema der Vermögenskonzentration.²⁰ Die überfällige Reform der Schenkungs- und Erbschaftsteuer – die geltende Regelung, die Supervermögen begünstigt, ist verfassungswidrig – wird im KV mit keinem Wort erwähnt. Auch hier gab es im Vorfeld Forderungen von SPD und Grünen, die stillschweigend ad acta gelegt wurden und an die ihre Anhängerschaft zu erinnern wäre. Die Absage an die Versprechungen von „Verteilungsgerechtigkeit“ ist umso bezeichnender, als die Bedeutung des „sozialen Zusammenhalts“ (92) im KV vielfach beschworen und von Scholz bei dessen Unterzeichnung an zweiter Stelle nach der internationalen Wettbewerbsfähigkeit genannt wurde. Eine leise Vorahnung auf große Konflikte?

Es wird in den absehbaren Konflikten um die Kosten und Lasten der Transformation darauf ankommen, für die Mehrheit der Lohnabhängigen nicht nur soziale Kompensationen zu erstreiten (um die auch gekämpft werden muss), sondern ökologische Transformation und soziale Gerechtigkeit als zwei Seiten ein und derselben Aufgabe zu formulieren und damit die herrschenden Einkommens- und Vermögensverhältnisse zur Disposition zu stellen, um echten sozialen und ökologischen Fortschritt durchzusetzen. Das setzt voraus, dass demokratische und soziale Bewegungen und die gesellschaftliche Linke ihr gesellschaftspolitisches Mandat wahrnehmen und den Konflikt mit den herrschenden Macht- und Eigentumsstrukturen angehen.

²⁰ Einer neuen Analyse des DIW zufolge ist die Vermögenskonzentration noch höher als bislang angenommen, höher als in anderen europäischen Ländern: die reichsten 10 Prozent verfügen über 67 Prozent der Nettovermögen, die reichsten 0,1 Prozent haben mehr als 20 Prozent. DIW Wochenbericht 29/2020.